

23./IX. 1916

* Diktatur für Volksernährung. Der Landesverband ungarischer Fabriksindustrieller hat an die Regierung eine Repräsentation gerichtet, in welcher die Schwierigkeiten und Misere bei der Versorgung des Publikums mit Brot, Fleisch, Fett und anderen Lebensmitteln eingehend erörtert und beachtenswerthe Vorschläge zur Abstellung der Mißstände gemacht werden. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß die Lage ungemein erschwert werde durch den Umstand, daß in Folge des rumänischen Einbruches mehrere tausend Waggons Getreide in die Hände des Feindes gelangt sind und die Flüchtlinge, die alle ihre Vorräthe zurückgelassen haben, durch uns versorgt werden müssen. Das Uebel dürfte vorläufig wohl keine katastrophale Wendung nehmen, aber im März, April des nächsten Jahres werden schon die Städte nicht in den Besitz der entsprechenden Getreidevorräthe gelangen können und auch der Ueberfluß der im Konsum durchaus nicht eingeschränkten Provinzbevölkerung erschöpft sein. Im Memorandum wird deshalb beantragt, in den Gemeinden mit einer gewissen Seelenzahl den Brotkartenzwang einzuführen, die Rationen der produzierenden wie der städtischen Bevölkerung in gleicher Weise festzustellen und die in den Haushaltungen und Landwirthschaften befindlichen Ueberflüsse für die Zwecke der öffentlichen Lebensmittelversorgung zu requiriren. Bei der Brotfrage wird ferner in Vorschlag gebracht, in den späteren Monaten von der Verwendung von Maismehl abzusehen und nach deutschem Muster bei der Broterzeugung Kartoffelmehl zu benutzen. Bezüglich der Regelung des Fleisch- und Fettkonsums werden Verfügungen in Vorschlag gebracht, die durch die gestern erschienene Regierungsverordnung zum Theile bereits verwirklicht sind. Außerdem wird beantragt, in Städten mit einer gewissen Bevölkerungszahl Fleischkarten und im ganzen Lande Fettkarten einzuführen. Gleichzeitig sollen im ganzen Lande die Fleischpreise maximalisirt und die Möglichkeit, sowie die Vorbedingungen der Requirirung und Zwangsschlachtung ausgesprochen werden. Das Memorandum weist schließlich darauf hin, daß bei dem heutigen System, wo die Bestimmungen betreffend die Lebensmittelversorgung auf in der Regel verspätet herausgegebenen und nur prinzipielle Verfügungen enthaltenden Verordnungen basirt sind, deren Durchführung von der Uebereinstimmung dreier Ministerien und verschiedener Centralen abhängt, von Vorschlägen und Verfügungen, wie immer sie auch geartet sein mögen, ein wirklicher Erfolg kaum zu erwarten sei. Das einzige Mittel, die

Approvisionierungsfrage in die richtigen Bahnen zu lenken, sei die Errichtung einer Diktatur für Volksernährung. Nur dann werden auf diesen Gebieten leidliche Zustände eintreten, wenn sich die Regierung ehestens entschließt, sämtliche Gewalten im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in den Händen einer einzigen, hierzu geeigneten Person zu centralisiren. In diesem Falle kann die Versorgung des Landes noch für lange Zeit gesichert werden, und muß jede Hoffnung unserer Feinde, uns auszuhungern, ein Fiasko erleiden.